



Presseschau vom 20.10.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondentT](#) und die Online-Zeitung [Timer aus Odessa](#) ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** ([dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondentT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: „Von Anfang an rechtswidrig“: Moskau zu Beschlagnahme russischen Schiffs in Ukraine

Der Vizechef des GUS-Ausschusses der Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus), Konstantin Satulin, hat die Beschlagnahme des russischen Fischkutters „Nord“ in der Ukraine kommentiert und über mögliche Gegenmaßnahmen gesprochen.

Zuvor hatte die sogenannte ukrainische Staatsanwaltschaft der autonomen Republik Krim bekannt gegeben, dass das Schiff „Nord“ als „Beweisstück im Strafverfahren“ an die Nationale Agentur der Ukraine für Aufdeckung, Fahndung und Management von Vermögenswerten, die bei Bestechungen sowie anderen Straftaten erhalten wurden, übergeben wurde.

Dieser Schritt sei für die Bewahrung der Haushaltsmittel notwendig, die für die Wartung des Schiffes im Hafen Berdjansk erforderlich seien.

„All das ist rechtswidrig, angefangen mit der Festsetzung des Schiffes und der Crew in der Ukraine“, sagte er. Satulin verwies darauf, dass die Besatzung des Schiffes das Land nicht verlassen dürfe, weil die ukrainischen Behörden „provokative Forderungen“ an sie stellen würden, sich als ukrainische, und nicht als russische Bürger zu erklären.

„Und dieser letztere Akt mit der Beschlagnahme des Schiffes verstößt ebenfalls gegen das Recht“, so der Abgeordnete.

Die Konfiszierung des russischen Fischkutters erfordere Gegenmaßnahmen, ist er sich sicher. Derartige symmetrische Gegenmaßnahmen seien zwar umsetzbar, könnten jedoch nicht den erforderlichen Druck auf Kiew ausüben, sagte Satulin: „Für die ukrainischen Behörden haben die Probleme, die ihre Politik für Bürger schafft, durchaus keine Bedeutung“.

Am 8. Oktober hatte die ukrainische Staatsanwaltschaft die Anklageschrift gegen den Kapitän des Schiffes „Nord“, Wladimir Gorbenko, an ein Appellationsgericht von Kiew gerichtet. Am 25. März 2018 hatten die ukrainischen Grenzschutzbeamten im Asowschen Meer den russischen Fischkutter „Nord“ (mit Heimathafen auf der Krim) wegen angeblicher Verletzung der ukrainischen Grenze aufgebracht.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32011/08/320110811.jpg>

de.sputniknews.com: **US-Justiz geht gegen Russin wegen mutmaßlicher Wahleinmischung vor**

Die US-Justiz wirft einer russischen Staatsbürgerin Einmischung in die bevorstehenden Kongress- und Regionalwahlen vor.

Das Justizministerium in Washington hat nach eigenem Bekunden von Freitag einen Strafantrag gegen die 44-jährige Mitarbeiterin der Firma „Project Lakhta“ Elena Chusjaynowa gestellt.

Sie wird der Verschwörung zur Einmischung in das „politische System“ der USA mittels „Verbreitung von Desinformationen“ und „Entfachen von Streitigkeiten“ beschuldigt.

Das ist die erste formelle Anschuldigung wegen mutmaßlicher Wahleinmischung, die sich auf die aktuell anstehenden Wahlen in den USA bezieht.

vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Frunse und Kalinowo**. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern und Granatwerfern.

de.sputniknews.com: **Schoigu über Rolle russischer Militärs bei IS-Zerfall in Syrien**

Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu hat über die Rolle der russischen Militärs beim Zerfall der Terrormiliz IS („Islamischer Staat“; Daesh) in Syrien gesprochen.

„Während des Einsatzes wurden über 87.500 Kämpfer eliminiert, 1411 Ortschaften und mehr als 95 Prozent des syrischen Territoriums befreit“, sagte Schoigu bei seinem Auftritt im Rahmen der 5. Sitzung der ASEAN-Verteidigungsminister und deren Dialogpartner.

Der russische Verteidigungsminister betonte dabei, dass in Syrien „die Schlüsselortschaften befreit und die Hauptversorgungslinien entsperrt“ worden seien. „Derzeit kontrollieren die syrischen Streitkräfte ein Territorium, auf dem mehr als 90 Prozent der Landesbevölkerung

lebt.“

Die russischen Luft- und Weltraumkräfte hätten während ihres Einsatzes in Syrien mehr als 40.000 Kampf Flüge, darunter über 21.000 Nachtflüge, unternommen. Dabei sollen etwa 122.000 Terror-Objekte getroffen worden sein. „Ein großer Teil der Kämpfer wurde dabei eliminiert“, präzisierte er. „In Syrien haben wir reiche Kampferfahrung bekommen, die wir teilen können“, fügte Schoigu hinzu.

Russische Minenräumer entminten Schoigu zufolge 6500 Hektar Gelände, 1500 Kilometer Straßen und 19.000 Gebäude.

Derzeit gebe es alle Bedingungen für den Wiederaufbau Syriens als einheitlichen Staat. „Aber für die Umsetzung dieses Zieles sind die Bemühungen nicht nur Russlands, sondern auch anderer Mitglieder der Weltgemeinschaft notwendig“, betonte der Minister.

„Dank der zielgerichteten Arbeit des russischen Versöhnungszentrums haben sich mehr als 2500 Ortschaften im ganzen Land dem Versöhnungsprozess angeschlossen“, sagte er weiter. Besonders viel Aufmerksamkeit gelte der Lösung humanitärer Probleme in Syrien und der Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Häuser.

In Syrien wurden laut Schoigu Grenzübergänge für die Flüchtlinge aus dem Libanon und Jordanien eingerichtet. „Ab 18. Juli dieses Jahres haben diese circa 17.000 Menschen passiert. Seit dem Einsatzstart kehrten mehr als 245.000 Zwangsvertriebene nach Syrien zurück. Weitere zwei Millionen Syrer äußerten ihren Wunsch, aus zeitweiligen Aufenthalten im Ausland ins Heimatland zurückzukommen“, sagte der Minister abschließend.

In Syrien tobt seit März 2011 ein bewaffneter Konflikt zwischen Regierungstruppen, dem dschihadistischen „Islamischen Staat“ und militanten, bewaffneten Oppositionsgruppen. UN-Schätzungen zufolge hat der Bürgerkrieg in Syrien mehr als 220.000 Menschen das Leben gekostet.

Russland hatte 2015 auf Bitte der syrischen Regierung mit einer Anti-Terror-Operation in dem arabischen Land begonnen. Der Löwenanteil der Infrastruktur der Terroristen wurde von der russischen Luftwaffe und durch seegestützte Raketen zerstört. Im Dezember 2017 kündigte der russische Präsident Wladimir Putin den Sieg über die Terrormiliz IS in Syrien an, fügte aber hinzu, einzelne Widerstandsherde der Islamisten in Syrien könnten noch für einige Zeit bestehen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31886/64/318866454.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 19. Oktober 3:00 Uhr bis 20. Oktober 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 24.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Sajzewo, Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Isotow-Bergwerk), Jasinowataja, Krutaja Balka, Jakowlewka, Shabitschew, Spartak, Donezk (Volvo-Zentrum), Alexandrowka, Staromichajlowka, Nowaja Tawrija, Leninskoje, Kominternowo, Sachanka.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 86.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 212.

Ab 00:01 Uhr am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueereinstellung im Zusammenhang mit Beginn des Schuljahrs – der „Schul“waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: **„Immer neue ‚Beweise‘“: Botschaft weist US-Vorwürfe gegen russische Bürgerin zurück**

Die russische Botschaft in den USA hat die Vorwürfe Washingtons gegen die russische Staatsbürgerin Elena Chusjajnowa, sich in die in zweieinhalb Wochen anstehenden Kongress- und Regionalwahlen eingemischt zu haben, als unbewiesen eingestuft.

„Die in Gang gesetzte Sanktionstrommel verlangt immer neue ‚Beweise‘. Man konnte erwarten, dass die bevorstehenden Zwischenwahlen ebenfalls als bequemer Vorwand für neue Angriffe auf Russland sowie dafür ausgenutzt werden, um uns eine ‚Fortsetzung der Einmischung‘ zuzuschreiben“, heißt es in der Erklärung.

Trotz der mehrmals verlautbarten Bereitschaft Russlands, konstruktiv in Fragen der Cybersicherheit zusammenzuarbeiten, bevorzugten einige Politiker und Bürokraten in Washington den Kurs auf unbegründete Vorwürfe.

„Dabei gibt es keinerlei Beweise. Das ist immer noch die gleiche Losungsdiplomatie“, so die Botschaft.

Am Freitag hatte das US-Justizministerium einen Strafantrag gegen Jelena Chusjainowa, eine 44-jährige Mitarbeiterin der Firma „Project Lakhta“ aus St. Petersburg, gestellt.

Sie wird der Verschwörung zur Einmischung in das „politische System“ der USA mittels „Verbreitung von Desinformationen“ und „Entfachen von Streitigkeiten“ beschuldigt.

Das ist die erste formelle Anschuldigung wegen mutmaßlicher Wahleinmischung, die sich auf die aktuell anstehenden Wahlen in den USA bezieht.

Zuvor hatten die US-Geheimdienste, die Russland der Einmischung in die Präsidentschaftswahl von 2016 beschuldigen, erklärt, dass sie eine ähnliche Bedrohung auch für die Zwischenwahlen im Kongress erkennen, die am 6. November 2018 stattfinden werden. Trump hatte seinerseits versprochen, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um keine Einmischung zuzulassen.

Russland hatte mehrfach die Vorwürfe bestritten, dass das Land versucht haben soll, die Wahlen in verschiedenen Ländern zu beeinflussen. Der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hatte sie als „völlig haltlos“ bezeichnet.

Der Außenminister Russlands, Sergej Lawrow, hatte hinsichtlich der angeblichen russischen Einmischung in die Wahlen sowohl in den USA als auch in anderen Ländern erklärt, dass es

keine Fakten gebe, die das belegen würden. John Bolton, Trumps Nationaler Sicherheitsberater, hatte ebenfalls angemerkt, der russische Präsident Wladimir Putin habe ihm versichert, dass Russland sich nicht in die US-Wahlen eingemischt hätte.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32269/20/322692051.jpg>

ukrinform.ua: Regierung erhöht Gaspreise die für Bevölkerung um 23,5 Prozent

Die Gaspreise für die Bevölkerung werden ab 1. November 2018 um 23,5 Prozent steigen. Das gab Premierminister Wladimir Grojsman in einer Sondersitzung der Regierung am Freitag bekannt. Nach seinen Angaben habe sich die Regierung auf einen Kompromiss mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) bei der Preiserhöhung geeinigt. Anstatt 60 Prozent würden die Gaspreise nur um 23,5 Prozent steigen.

Laut dem Energieminister Igor Nasalik wird die Bevölkerung 8550 Griwna für 1000 Kubikmeter Gas zahlen.

Dan-news.info: „Gestern gegen 20 Uhr ist die Information eingegangen, dass im Gebiet von Trudowskije ein Zivilist auf eine Mine geraten ist“, teilte der Leiter der Verwaltung des Petrowskij-Bezirks von Donezk Maxim Shukowskij mit.

Der Verletzte verlor beide Beine.

de.sputniknews.com: Erstes Schoigu-Mattis-Gespräch: Das stand auf der Agenda

Am Rande des fünften Treffens der ASEAN-Verteidigungsminister und deren Dialogpartner in Singapur sind am Samstag die Verteidigungsminister Russlands und der USA, Sergej Schoigu und James Mattis, zusammengetroffen.

Sie trafen sich vor dem Beginn des Gipfels am Eingang zum Sitzungssaal und gaben einander die Hand. Im Laufe des Dialogs drückte Mattis sein Beileid im Zusammenhang mit der Tragödie in der Stadt Kertsch auf der Schwarzmeer-Insel Krim aus.

Der Pentagon-Chef betonte, in den USA komme es ebenfalls zu solchen Vorfällen, deswegen verstehen die Amerikaner gut die Gefühle der Russen.

Schoigu dankte seinem US-Amtskollegen. Laut Schoigu geschehen derartige Fälle in der Welt immer öfter, deswegen müsse man alles Mögliche tun, um solche Tragödien zu verhindern.

Für das gemeinsame Foto standen die beiden Minister ebenfalls nebeneinander.

Zuletzt hatten sich die Verteidigungsminister Russlands und der USA vor drei Jahren unterhalten – im September 2015 hatte Schoigu mit dem damaligen Pentagon-Chef Ashton Carter die Situation in Syrien telefonisch besprochen.

Davor hatten sich die Verteidigungsminister beider Länder im August 2014 unterhalten, als Chuck Hagel an der Spitze des Pentagon stand.

Zugleich werden regelmäßige Kontakte auf der Ebene der Generalstabschefs Russlands und

der USA unterhalten.

Am Mittwoch war es in einer Berufsschule der Stadt Kertsch auf der Krim zu einer Tragödie gekommen, als der 18-jährige Schüler Wladislaw Rosljakow mit einem Gewehr um sich geschossen und anschließend eine selbstgebastelte Bombe gezündet hatte. 21 Menschen wurden getötet – 16 Schüler und fünf Mitarbeiter der Schule. 50 weitere Menschen wurden verletzt. Der Täter erschoss sich.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32269/25/322692552.jpg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Nach S-300-Lieferung: Britisches Aufklärungsflugzeug nahe Syrien gesichtet**

Ein britisches Aufklärungsflugzeug RC-135W Rivet Joint ist am Freitag unweit der syrischen Grenze gesichtet worden, wie russische Medien unter Berufung auf Informationen westlicher Luftraum-Onlinedienste berichten.

Demnach soll das Flugzeug in der Nähe von jenem Bezirk gesichtet worden sein, wohin Ende des vergangenen Monats die russischen Flugabwehrraketensysteme S-300 gebracht worden sind.

Laut den westlichen Luftraum-Onlinediensten startete das Flugzeug mit der Bordnummer ZZ666 vom Luftstützpunkt Souda Bay in Zypern. Die Maschine flog demnach südlich von Syrien, wobei sie sich im Luftraum Israels und Jordaniens befand.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass am Dienstag zwei britische Flugzeuge RC-135W und Sentinel R.1 Flüge nahe dem syrischen Territorium unternommen hätten.

Am 2. Oktober hatte Russlands Verteidigungsminister Sergej Schoigu erklärt, dass Russland die Lieferung des Flugabwehrraketensystems S-300 nach Syrien abgeschlossen habe.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32269/60/322696004.jpg>

armiyadnr.su: **Bericht des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR für den 20.10.2018**

In den letzten 24 Stunden wurden **24 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt, der die Gebiete von **15 Ortschaften** beschoss.

In **Richtung Gorlowka** wurden von den Positionen der 72. mechanisierten und der 58. Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Vertreter Tatus und Drapatyj aus die Gebiete von **Sajzewo**, der **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** und des **Isotow-Bergwerks** mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben die Kämpfer der 92. und der 28. mechanisierten Brigade unter Kommando von Kokorjew und Martschenko sowie der 56. Panzergrenadierbrigade unter Kommando von Iwanow die Gebiete von **Spartak, Jakowlewka, Krutaja Balka, Jasinowataja, Staromichajlowka, Alexandrowka, Shabitschewo** und das **Gelände des Flughafens von Donezk** mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kriegsverbrecher der 79. Luftsturmbrigade auf Befehl von Oberst Kuratsch die Gebiete von **Kominternowo, Leninskoje, Nowaja Tawrija** und **Sachanka** mit 10 Mörsergeschossen des Kalibers 82mm sowie mit Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Trotz der vollständigen Einhaltung des Regimes der Feueinstellung durch die Soldaten der Volksmiliz der DVR führen der Kommandeur der 28. Brigade und seine Untergebenen weiter das Kommando der OOS in die Irre, indem sie über nicht existenten Beschuss ihrer Positionen berichten. So betreibt Iwanow die Abschreibung von verlorenem und verkauftem Material, dessen Fehlen bei der Inventarisierung entdeckt wurde.

Nach uns vorliegenden Informationen hat der Kommandeur des 1. Bataillons der 28. Brigade ein Fahrzeug vom Typ UAS-462 an örtliche Einwohner verkauft. Um diese Tatsache zu verheimlichen, berichtete er über die Vernichtung des Fahrzeugs durch Beschuss von Seiten der Einheiten der Volksmiliz der DVR.

Genauso planen die Kommandeure der 56. und der 92. Brigade vorzugehen, in denen auch Fehlbestände an Material entdeckt wurden. Insbesondere in der 56. mechanisierten Brigade ein Fahrzeug vom Typ SIL-131 und in der 92. mechanisierten Brigade ein Fahrzeug vom Typ GAS-66 und Ersatzteile für Fahrzeuge. Wir schließen nicht aus, dass die Kommandeure der genannten Einheiten in der nächsten Zeit diese Technik als in der Folge von Beschuss vernichtet ausgehen werden.

Diebstahl, Korruption, Schmuggel und Lüge sind ein unabdingbarer Teil der ukrainischen Streitkräfte geworden, die alle Dienstebenen vom Soldaten bis zum General durchdringen. So können wir sehen, dass trotz der ständigen Aufmerksamkeit der Weltgemeinschaft gegenüber dem Problem des Donbass sich das ukrainische Kommando mit dem befasst, was es am besten kann, und das ist friedliche Bürger zu terrorisieren und die Überreste der Streitkräfte auszurauben, die die Ukraine noch von der Sowjetarmee hat.

de.sputniknews.com: **"Unverschämte Lüge": USA fabrizieren Vorwand für weitere antirussische Sanktionen**

Washington erfindet laut dem russischen Vize-Außenminister Sergej Rjabkow einen Vorwand, um erneut Sanktionen gegen Russland zu verhängen.

Wie er am Samstag in Bezug auf die neuen US-Vorwürfe gegen Russland wegen angeblicher Wahleinmischung sagte, würden die US-Behörden fortfahren, die eigene Öffentlichkeit und die Weltöffentlichkeit mit „russischen Hackern und Bloggern“ einzuschüchtern.

Deshalb hätten die USA eine weitere russische Bürgerin beschuldigt, die Stimmungen der US-Wähler im Vorfeld der Kongresswahlen zu beeinflussen.

„Die USA überschätzen offensichtlich ihre eigenen Möglichkeiten. Mit ihrer Feindseligkeit gegenüber Russland und mit ihrem verachtungsvollen Verhalten der ganzen Welt gegenüber stoßen sie nur auf einen härteren Gegendruck“, so Rjabkow.

Laut dem Diplomaten verbreiten die USA mehr als zwei Jahre lang – seit der Präsidentschaftswahl im Herbst 2016 - eine unverschämte Lüge in Bezug auf die „mythische Hand Moskaus“.

Dieselbe Karte spiele Washington im Vorfeld der Kongresswahlen aus, fügte Rjabkow hinzu.

„Wir haben bereits mehrmals betont, dass es sich um eine beschämende Verleumdungskampagne handelt. Sie ist durch das Streben der US-Politiker bedingt, in innerparteilichen Streitereien einen Vorsprung zu gewinnen und gleichzeitig Druck auf Russland auszuüben. Zu diesem Zweck werden unlautere Mittel, darunter auch offen im Auftrag gegebene Strafverfahren mit absurden Vorwürfen und einer lächerlichen Beweisgrundlage genutzt“, sagte Rjabkow.

Am Freitag hatte das US-Justizministerium einen Strafantrag gegen Jelena Chusjainowa, eine 44-jährige Mitarbeiterin der Firma „Project Lakhta“ aus St. Petersburg, gestellt.

Sie wird der Verschwörung zur Einmischung in das „politische System“ der USA mittels „Verbreitung von Desinformationen“ und „Entfachen von Streitigkeiten“ beschuldigt....

Ukrinform.ua: Marschall-Schukow-Straße in Kiew wurde in Straße der Kubanschen Ukraine umbenannt

Der Stadtrat von Kiew hat die Umbenennung der Marschall-Schukow-Straße im Stadtbezirk Desnjanskij beschlossen.

Die Straße heißt jetzt die Straße der Kubanschen Ukraine. Für die Umbenennung stimmten diese Woche 67 Abgeordnete der ukrainischen Hauptstadt. Die Umbenennung werde zur Wiederherstellung des historischen Gedächtnisses an die Kosaken-Republik im Kuban-Gebiet beitragen, heißt es.

Die Bürgerdiskussion zur Umbenennung fand vom 29. Mai bis 29. Juli 2017. Die Umbenennung unterstützten 1247 Bürger (60 Prozent) von 2079 Teilnehmern.



https://static.ukrinform.com/photos/2018_08/thumb_files/630_360_1535281038-3325.jpg

de.sputniknews.com: **Was suchen US-Flieger an Russlands Grenzen?**

Die Aktivitäten ausländischer Aufklärungsflugzeuge und -drohnen nahe der russischen Grenzen haben in letzter Zeit merklich zugenommen. Laut der Webressource Plane Radar ist eine Boeing RC-135U am Freitag entlang der Westgrenze Russlands sowie über die Territorien der baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland geflogen.

Das Flugzeug habe sich auf 52,75 Kilometer an die russische Grenze angenähert, hieß es.

Am 8. Oktober war eine strategische Drohne der US-Luftwaffe vor der Krimküste und zwei Tage davor unweit des nordwestrussischen Gebietes Kaliningrad gesichtet worden. Eine Woche zuvor sei eine US-Drohne nahe der Krim und der Region Krasnodar geflogen.

Das russische Verteidigungsministerium hat Washington wiederholt gemahnt, von solcherart Operationen abzusehen. Das Pentagon winkte ab.

Wie der Leiter des russischen Instituts für strategische Planung, Dr. Alexander Gussew, gegenüber Radio Sputnik sagte, betreibe die US-Luftwaffe ständig Aufklärung an den westlichen und den östlichen Grenzen Russlands. „Das Ziel ist es, Aufklärungsdaten zu sammeln. Die Flugzeuge sind mit Hochauflösungsgeräten ausgestattet; aufgenommen werden Orte, wo unsere Streitkräfte konzentriert sind. Diese Informationen werden dem Pentagon-Chef übermittelt, analysiert und ausgewertet“, so Gussew.

Ihm zufolge wird damit faktisch die gesamte westliche Grenze Russlands zu vielen Ländern kontrolliert. Letztere gehörten der Nordatlantischen Allianz an, und die genannten Flugzeuge seien Teil des Nato-Potenzials. Nach Angaben des Experten sind in Europa 65.000 US-Soldaten stationiert, die „sich auch mit etwas beschäftigen müssen“. Viele von ihnen sammelten Informationen. Im Mittelpunkt des Interesses stünden die russischen Raketenabwehrsysteme S-300, S-400, S-500 und „Iskander“ sowie ihre Stationierungsorte, so Gussew.

Mil-Inr.info: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A. W. Marotschko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt, aber kontrollierbar. Die ukrainischen Streitkräfte beschießen weiter Ortschaften der LVR und provozieren die Einheiten der Volksmiliz der LVR zur Erwidern des Feuers.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **zweimal das Regime der Feuereinstellung verletzt**.

Auf Befehl des Kriegsverbrechers, des Kommandeurs der 10. Gebirgsturmgrade Subanitsch wurde die Umgebung von **Frunse** mit 82mm-Mörsern beschossen.

Kalinowo haben die ukrainischen Truppen mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilte der Kommandeur der 14. Brigade, der Verbrecher Wojtschenko.

Insgesamt wurden mehr als 20 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert. Die ukrainische Regierung konzentriert weiter ihre Kräfte und Mittel in der Nähe der Kontaktlinie und demonstriert der gesamten Weltgemeinschaft ihren Unwillen, den Konflikt im Donbass auf friedlichem Weg zu lösen.

Nach uns vorliegenden Informationen sind am 19. Oktober im Gebiet von Trjochisbjonka im Verantwortungsbereich der 10. Gebirgsturmbriade drei Schützenpanzer und 30 Mann eingetroffen.

Das moralisch-psychische Niveau der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone bleibt niedrig.

Im Zusammenhang mit einer Reihe von Rechtsverletzungen, die von den Besatzern aus der 59. Panzergrenadierbrigade begangen wurden, sind in einer der Einheiten der Brigade im Gebiet von Staniza Luganskaja Mitarbeiter der Militärstaatsanwaltschaft eingetroffen. Die Volksmiliz der LVR hält trotz der ständigen Provokationen von Seiten der ukrainischen Truppen das Regime der Feueereinstellung ein. Unsere Einheiten tun ununterbrochen Dienst, führen Übungen durch, um eine hohe Kampffähigkeit aufrechtzuerhalten, um jede Aggression von Seiten der Ukraine abwehren zu können.

Und zum Abschluss will ich in meinem eigenen und im Namen des Kommandos der Volksmiliz der LVR den Soldaten der Volksmiliz der LVR, die zu den Kommunikationseinheiten gehören zum „Tag des Kommunikationssoldaten“ gratulieren. Der Entwicklungsweg der militärischen Kommunikation war recht lang, aber heute kann die Rolle der Kommunikationssoldaten in unserer Armee kaum überbewertet werden. Eine zuverlässige Kommunikation erlaubt es, operativ auf aufkommende Gefahren zu reagieren, die Koordination der Truppen ist ohne Zusammenarbeit, die mit Hilfe von Funkstationen, Telefonen und anderen Kommunikationsmitteln erfolgt, einfach nicht möglich.

Ich wünsche Ihnen vor allem eine starke Gesundheit, wahren Erfolg und Glück, große Siege über den Gegner und große Errungenschaften im Leben.

de.sputniknews.com: **Erstmals seit Kaltem Krieg: US-Flugzeugträger übt nahe Russlands Arktis-Grenze**

Die USS „Harry S. Truman“ (CVN-75) hat den nördlichen Polarkreis überquert. Es handelt sich um den ersten Arktis-Besuch eines US-Flugzeugträgers seit dem Ende des Kalten Krieges vor 27 Jahren, wie die US. Navy am Freitag (Ortszeit) mitteilte.

Zuletzt hatte mit der USS America (CV 66) ein Flugzeugträger der US Navy im September 1991 die Region besucht, um an einer Militärübung teilzunehmen.

Das mehr als 330 Meter lange Kriegsschiff, das mehr als 5500 Mann und bis zu 85 Flugzeuge mittragen kann, soll an dem Nato-Manöver „Trident Juncture“ teilnehmen, hieß es.

„Es sind fast 30 Jahre her, seit die Bordjets unter diesen Bedingungen getestet wurden“, erklärte der Kommandeur des Flugzeugträgers, Nick Dienna. Die Besatzung der USS „Harry S. Truman“ stelle nun unter Beweis, „dass dieses Schiff trotz widriger Wetter- und Seebedingungen überall auf der Welt sein Potenzial voll zum Tragen bringen kann.“

Mit rund 50.000 Soldaten aus 30 Ländern soll „Trident Juncture“ die größte Nato-Übung in der Nähe der russischen Grenze seit Jahren werden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31036/17/310361712.jpg>

Lug-info.com: Die Vertretung der LVR im GZKK wendet sich an die OSZE-Beobachter und Vertreter des IKRK mit der Bitte, bei einer schnellstmöglichen Bergung der Leichen der zivilen Einwohner, die am 18. Oktober im von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Solotoje-4 ums Leben kamen, zu unterstützen.

Zwei örtliche Einwohner, ein Mann und eine Frau, gerieten am 18. Oktober auf Antipersonenminen, die von den ukrainischen Streitkräften im Gebiet der 2-Wolnaja-Straße im von Kiew kontrollierten Solotoje-4. Wie der offizielle Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko mitteilte, geschah die Tragödie nachdem örtliche Einwohner, die keine Unterstützung und Verständnis von Seiten der ukrainischen Soldaten erhielten, versuchen selbständig eine Stromleitung zu reparieren, über die ihre Häuser mit Strom versorgt werden. Später teilte der Leiter der sogenannten „militärisch-zivilen Verwaltung von Solotoje, Popasnaja-Bezirk“ (es handelt sich hier um die ukrainische Besatzungsbehörde, Anm. d. Übers.) Konstantin Iltschenko mit, dass der Mann und die Frau auf dem von der LVR kontrollierten Territorium starben und die Volksmiliz es weder den Verwandten noch Vertretern der ukrainischen Behörden erlaube, die Leichen zu bergen. „Die Vertretung der LVR im GZKK wendet sich an die OSZE-Mission und die Vertreter des IKRK mit der Bitte bei einer schnellstmöglichen Bergung der Leichen der am 18. Oktober ums Leben gekommenen Zivilisten zu unterstützen“, heißt es in einer Mitteilung der Vertretung.

Dort wird angemerkt, dass die Vertretung „Maßnahmen zur Unterstützung bei der Suche und Bergung der Leichen der beiden Zivilisten, die am 18. Oktober auf eine Mine gerieten leistet“. Dabei unterstrich die Vertretung, dass am Tag der Tragödie „innerhalb von 26 Minuten nach der ersten Informationen über die Vertretung der LVR im GZKK Sicherheitsgarantien im Gebiet des Vorfalls gewährt wurden, worüber die OSZE-Mission informiert wurde“.

„Analoge Sicherheitsgarantien von der ukrainischen Seite erfolgten nach zwei Stunden“, teilte die Vertretung mit.

„Im Verlauf des 18. und des 19. Oktober leistete die Vertretung der LVR im GZKK maximale Unterstützung bei der Ermittlung des Orts des Geschehens und der Organisation der Suche nach den Betroffenen. Gemäß vorliegenden Informationen befinden sich die Leichen der getöteten Bürger 100m von den nächsten Positionen der ukrainischen Soldaten. Trotzdem ist bisher von der ukrainischen Seite keine Bergung der Leichen der Toten vorgenommen worden“, heißt es dort.

Das GZKK erinnerte daran, dass am 22. September das Pressezentrum der sogenannten

„Operation der vereinigten Kräfte“ („OOS“) in Facebook mitgeteilt hat, dass die Kiewer Truppen die Kontrolle über Solotoje-4 hergestellt haben. Die Vertretung merkte an, dass „das in ukrainischen Internet-Ressourcen beschriebene Gehöft Wolnyj praktisch die „2.-Wolnaja-Straße“ in Solotoje-4 ist und sich dieses Territorium unter Kontrolle der ukrainischen Streitkräfte befindet“.

de.sputniknews.com: **Trumps Außenminister greift in russisch-ukrainischen Kirchenstreit ein**

US-Außenminister Mike Pompeo hat zu einer forcierten Gewährung der Autokephalie an die Ukrainische Orthodoxe Kirche „im Geiste der religiösen Freiheit“ aufgerufen.

„Die USA erklären erneut, dass sie die religiöse Freiheit und die Freiheit der religiösen Gemeinden, darunter auch der ukrainischen orthodoxen Gemeinschaft, unterstützen, damit diese die Verwaltungstätigkeit innerhalb ihrer Religion entsprechend ihren Glaubensrichtungen und ohne Einmischung von außen ausüben kann“, heißt es in einer schriftlichen Erklärung Pompeos, die das State Department verbreitet hat.

„Wir unterstützen die Möglichkeit der Ukrainer, so zu beten, wie sie wollen, und wir hoffen, dass alle das beachten werden. Toleranz, Diskretion und Verständnis sind der Schlüssel dafür, dass Menschen unterschiedlicher religiöser Zugehörigkeit nebeneinander leben und friedlich gedeihen. Wir rufen die Vertreter der Kirche und der Regierung auf, diese Werte im Zusammenhang mit der Bewegung für die Schaffung der autokephalen Ukrainischen Orthodoxen Kirche aktiv zu fördern“, heißt es weiter.

Der Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats, Metropolit Hilarion von Wolokolamsk, hatte am Freitag erklärt, hinter den Handlungen des Patriarchats von Konstantinopel stünden die USA. Nach dem Vorgehen der US-Politiker zu urteilen, sei Washington an der Schwächung von Russland selbst und der Russischen Kirche interessiert. Zuvor hatte die Russisch-Orthodoxe Kirche ihre Kontakte zum Patriarchat von Konstantinopel auf dem gesamten kanonischen Territorium der Russisch-Orthodoxen Kirche abgebrochen. Der Grund dafür war die Entscheidung des Patriarchen Bartholomaios I. von Konstantinopel, zwei nicht kanonische schismatische Kirchen in der Ukraine – die Ukrainische Orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats und die Ukrainische Autokephale Kirche, die von anderen orthodoxen Kirchen nie anerkannt wurden, zu legalisieren. Der Patriarch von Konstantinopel hatte ferner die gesetzliche Bindung, die im Synodalen Schreiben von 1686 ausgedrückt worden ist, „widerrufen“. Die Bindung garantiert das Recht der Russisch-Orthodoxen Kirche, den Kiewer Metropoliten zu ernennen. Zudem setzte der Synod des in Istanbul ansässigen Patriarchats von Konstantinopel den von Moskau über die Vorsteher der beiden schismatischen Kirchen verhängten Kirchenbann (Anathema) außer Kraft.

abends:

de.sputniknews.com: **Nach wochenlanger Haft: Norwegen muss russischen „Spion“ freilassen**

Nach vier Wochen norwegischer Haft ist Michail Botschkarjow am Samstag nach Moskau zurückgekehrt. Der Mitarbeiter im Apparat des Föderationsrats (russisches Parlamentsoberhaus) war am 21. September in Oslo wegen Verdachts auf Spionage festgenommen worden. Ein norwegisches Gericht setzte ihn nun wegen Mangels an Beweisen auf freien Fuß.

Botschkarjow war am 20. September nach Norwegen geflogen, um an einem internationalen parlamentarischen Seminar teilzunehmen. Am 21. September wurde der 51-Jährige auf dem Flughafen Oslo festgenommen. Der norwegische Geheimdienst PST beschuldigte ihn, Aufklärungsaktivitäten betrieben zu haben.

Der Mann weist den Vorwurf als absurd zurück. Seine Haft wurde mehrmals verlängert. Am vergangenen Donnerstag lehnte ein norwegisches Gericht eine weitere Haftverlängerung jedoch ab.

Der Verdacht gegen den Russen habe im Zuge der Ermittlungen nicht bestärkt werden können, hieß es zur Begründung. Nach Zeugenbefragung und Bewertung der Beweisbasis sei das Gericht zu dem Schluss gelangt, dass die „Bedingungen für einen begründeten Verdacht nicht erfüllt sind“.

Der norwegische Geheimdienst legte zuerst Berufung gegen das Urteil ein, zog sie dann aber wieder zurück.

Am Freitag wurde Botschkarjow aus der Haft entlassen und vorübergehend in der russischen Botschaft untergebracht. Am Samstag kam der Mann in seine Heimat zurück. „Auf dem Flughafen Moskau-Scheremetjewo warteten auf ihn sein Sohn und seine Kollegen“, teilte das Presseamt des Föderationsrats mit.

„Ich wusste, dass alles gut werden wird“, sagte der „Spion“ nach der Ankunft. „Denn ich bin absolut unschuldig. Die Vorwürfe sind unbegründet.“

Die Festnahme in Norwegen sei für ihn ein regelrechter Schock gewesen, erzählte Botschkarjow weiter. „Man erklärte mir nichts und nahm mir alle meine Sachen weg. Zudem sei ihm der Telefonanruf verweigert worden. „Meine Familie wusste zunächst nichts von mir. Das war schwer.“

Das russische Außenministerium hat unterdessen von Oslo eine offizielle Entschuldigung gefordert.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32269/86/322698641.jpg>

de.sputniknews.com: **Tödliche Koalitionsangriffe: Syrien fordert UN-Ermittlung wegen Völkerrechtsbruch**

Das Außenministerium Syriens hat die Länder der US-geführten Koalition, die Luftschläge in der Provinz Deir-ez-Zor geflogen hatte, der Völkerrechtsverletzung beschuldigt und die Uno aufgerufen, diesen Vorfall zu untersuchen.

Wie die Agentur SANA am Samstag meldete, sind bei den Luftangriffen der internationalen Koalition auf die Dörfer Al-Susa und Al-Bubadran in der syrischen Provinz Deir-ez-Zor insgesamt 62 Zivilisten getötet worden.

„Das Verbrechen der Koalition zeugt von der Missachtung des Völkerrechts durch deren Länder und davon, dass ihnen jegliche moralischen Werte fehlen. Dabei können die

moralischen Werte bei ihnen wieder auftauchen, wenn sie andere belehren und sagen, es sei notwendig, das Leben der Zivilisten und die Menschenrechte zu schätzen“, zitiert Sana ein Schreiben des syrischen Außenministeriums an die Uno und deren Generalsekretär.

Das Außenministerium hat gefordert, eine unabhängige und transparente Untersuchung des Angriffs durchzuführen und Maßnahmen zur Vorbeugung derartiger Vorfälle zu treffen.

„Dieses schreckliche Verbrechen hat erneut der ganzen Welt vor Augen geführt, dass das Ziel der USA in dieser gesetzwidrigen Operation der Koalition nicht die Bekämpfung des Terrorismus, sondern die Tötung einer möglichst großen Zahl von Syrern und die vollständige Missachtung der humanitären Werte ist“, heißt es in dem Brief des Außenministeriums.

Wie Sputnik am Donnerstag aus einer syrischen Quelle erfuhr, hatte die US-geführte internationale Koalition Luftschläge gegen Wohnhäuser im Dorf Al-Susa in der Provinz Dir-ez-Zor geführt.

Der Leiter des russischen Zentrums für Aussöhnung der Konfliktseiten in Syrien, Generalleutnant Wladimir Sawtschenko, erklärte am Montag, die Terroristen hätten wegen der Tatenlosigkeit pro-amerikanischer Formationen den rund 20 Kilometer langen Landstreifen am östlichen Ufer des Euphrat zwischen den Orten Hajin und Al-Susa vollständig unter ihre Kontrolle gebracht.